

Jörn Düwel

Architektur in der DDR oder Architektur der DDR?

Eine Spurenlese am Beispiel der Stalinallee in Berlin

Prof. Dr. Jörn Düwel ist Professor für Geschichte und Theorie der Architektur an der HafenCity Universität Hamburg. Bei ihm liegen auch die Rechte für die beiden Abbildungen innerhalb des Beitrags.

Die großflächigen Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs boten den Architekten in ganz Europa ein breites Arbeitsfeld. In Berlin kamen zunächst Überlegungen zur Schaffung einer offenen Stadtlandschaft zum Tragen, die jedoch mit der Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes durch Vorstellungen einer Monumentalarchitektur Konkurrenz erhielten, für die die Stalinallee in Ostberlin zum Musterbeispiel geworden ist. Der Beitrag blickt zurück auf die Entwicklung und das Selbstverständnis der Bauentwicklung in der DDR und zeichnet kurz die Geschichte der Stalinallee nach.

„In den Farben der DDR“

„Architektur in den Farben der DDR“. So überschrieb im Herbst 1989 die einzige Fachzeitschrift für Architektur in der DDR ihre Bilanz zum 40. Jahrestag des Arbeiter-und-Bauern-Staates. Naturgemäß war der Rückblick auf vier Jahrzehnte sozialistische Entwicklung ein Loblied auf die führende Rolle der SED, geprägt vom Stolz auf das Erreichte bei der so genannten sozialistischen Umgestaltung der Dörfer und Städte. Erstaunlicherweise war zum runden Jubiläum gerade nicht die architektonische Gestaltung hervorgehoben worden, sondern die „Produktionsweise“ von Architektur und Stadt. Diese Eigenschaft war tatsächlich einmalig in der deutschen Geschichte. Mit Gründung der DDR entstand als Ergebnis der von der Staatsführung getroffenen legislativen Maßnahmen das neue urbanistische und architektonische Modell, das in seinen Grundzügen auch bis zu deren Ende unverändert blieb. Das wichtigste war die Möglichkeit der Verstaatlichung von Grund und Boden, da

so die Rahmenbedingungen für eine neue Stadtplanung geschaffen wurden. Dieser Umstand, die „Befreiung vom kapitalistischen Profitstreben“, war als entscheidendes Wesensmerkmal sozialistischen Bauens gewürdigt worden.

Trotz großer Anstrengungen konnte es jedoch nicht gelingen, Architektur und Städtebau in vier Jahrzehnten als eine stringente Geschichte zu präsentieren. „Architektur in den Farben der DDR“ nahm Rücksicht auf die durchaus unterschiedlichen Phasen und Wendungen im Bauen. Freilich handelt es sich auch bei dieser Formulierung um keinen spontanen journalistischen Einfall, die Wortwahl entsprach eher einer geradezu amtlichen Verlautbarung. Ihre Ursprünge hatte sie in einer Wagenburgmentalität. Galt jahrzehntelang, „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“, so rückte die SED-Führung Mitte der achtziger Jahre vom zuvor sakrosankten Vorbild ab, weil die Genossen in Moskau mittlerweile über notwendige Reformen diskutierten. Die ehemals unverbrüchliche sozialistische Gemeinsamkeit war aufgebraucht, die DDR versuchte, Eigenständigkeit zu demonstrieren.

Völlig unbeabsichtigt konnte das Jubiläumsheft bei seinem Erscheinen bereits als eigener Nachruf auf den sich auflösenden Staat gelesen werden. In der offiziellen Lesart blickte man auf eine beispiellose Erfolgsgeschichte zurück. Kritik oder gar Hinweise auf bestehende Mängel hatten seinerzeit nicht veröffentlicht werden können. Maßgebliche Akteure, bedeutsame Ereignisse und politische Zäsuren fanden seinerzeit nicht einmal Erwähnung. Insofern ist es nicht überraschend, dass sich die Sicht auf Architektur und Stadt in der DDR mit größerem zeitlichem Abstand zum sozialistischen Staat erheblich verändert hat. In den letzten beiden Jahrzehnten ist eine Reihe von Studien erschienen, die die wechselvolle Geschichte von Architektur und Stadt in der DDR umfassend analysieren. Im Folgenden sollen wichtige Stationen in ihrer Chronologie skizziert werden.

Stadtentwicklungsmodelle nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges waren sich die meisten Architekten und Planer in Deutschland einig: Sie wollten die Zerstörung als Chance sehen und die „mechanische Auflockerung“ durch Bombenangriffe nun mit zivilen Mitteln fortsetzen, mit der Absicht, die industrielle Großstadt mit ihren Mietskasernen, Hinterhöfen und Korridorstraßen in eine weiträumig offene Stadtlandschaft umzuformen. Zu diesem Ziel gab es

zunächst kaum abweichende Meinungen. „A disaster, but an opportunity“, hatte Winston Churchill angesichts der Folgen deutscher Luftangriffe auf England lapidar festgestellt. Und von London bis Warschau wurden entsprechende Pläne zur Auflockerung der Bebauungsdichte und zur Gliederung in überschaubare „Nachbarschaften“ entworfen. Damit schien in Europa nach einem halben Jahrhundert unvollendeter Reformbestrebungen endlich die Chance gegeben, zumindest einige jener Gedanken Wirklichkeit werden zu lassen, die Ebenezer Howard schon 1898 zur Abkehr vom expansiven Städtewachstum in seiner vielbeachteten Schrift „Tomorrow. A Peaceful Path of Real Reform“ dargelegt hatte.

Seit Beginn des Jahrhunderts war der Gedanke der *Gartenstadt* auch international verbreitet. Von ihm waren wesentliche Impulse zur Reform des Städtebaus ausgegangen. Doch erst mit dem Ende des Ersten Weltkriegs, mit dem Zusammenbruch des Kaiserreiches und einer verkrusteten Gesellschaftsordnung schien die radikale Verwirklichung einer zuvor noch utopisch erscheinenden Vision neuer Siedlungsformen in grünen Landschaften möglich. „Laßt sie zusammenfallen, die gebauten Gemeinheiten“, hatte Bruno Taut 1920 in seinem Pamphlet „Die Auflösung der Städte“ gefordert, denn: „Steinhäuser machen Steinherzen.“ In Kontrast zur akademisch tradierten Stadtbaukunst und ihrer monumentalen Architekturkonzeption, die im Zuge politischer Polarisierung am Ende der zwanziger Jahre im Gegenzug zum Neuen Bauen moderner Architekten wieder an Bedeutung gewonnen hatte, blieb die Idee der Gartenstadt weiterhin aktuell. Demonstrativ knüpften deutsche Architekten nach Kriegsende an diese Vorstellungen an, um die suggestiven Bilder von der Architektur im Nationalsozialismus zu verdrängen. „Was blieb, nachdem Bombenangriff und Endkampf eine mechanische Auflockerung vollzogen, gibt uns die Möglichkeit, eine Stadtlandschaft zu gestalten, in der aus Niedrigem und Hohem, Engem und Weitem eine neue lebendige Ordnung wird.“¹ Mit diesen Worten erläuterte 1946 Hans Scharoun jenen Plan, der seit Kriegsende vom Berliner Planungskollektiv erarbeitet wurde. Dieser so genannte „Kollektivplan“ sah eine weiträumig aufgelockerte Siedlungsstruktur vor, die entlang einer neu geschaffenen Flusslandschaft im Urstromtal der Spree nachbarschaftlich überschaubare „Wohnzellen“ mit Arbeitsplätzen in Industrie- und Gewerbebereichen verband. Als exemplarisches Beispiel diente die Wohn-

1 Hans Scharoun: Berlin baut auf! In: Bauplanung und Bautechnik. H. 8/1946.

zelle Friedrichshain, in lockerer Anordnung einem Grünzug eingefügt und deutlich abgerückt von der als Schnellstraße ausgebauten Frankfurter Allee im Norden, die ungefähr zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Modells im Dezember 1949, zum 70. Geburtstag Stalins, in Stalinallee umbenannt wurde.

Planung einer neuen „Stadtkrone“ für Berlin

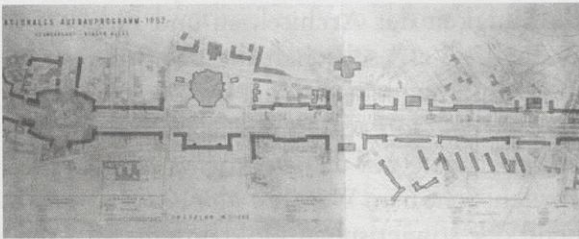
In den vier Jahren, in denen der Kollektivplan bearbeitet und die Wohnzelle Friedrichshain entworfen wurde, hatten sich die weltpolitischen Konstellationen allerdings grundlegend verändert. Zwischen den Fronten des Kalten Krieges scheiterte nicht nur der Kollektivplan, sondern die bis dahin überwiegende Einigkeit der Architekten und Planer. Im Westen konnten die Pläne, die die Vergesellschaftung des Bodens voraussetzten, als sozialistische Utopie abgetan werden. Im Osten dagegen galten sie als reformistischer Irrweg. Dort waren mittlerweile auch Architektur und Stadtplanung schlagartig auf die Dogmen stalinistischer Kulturpolitik umgestellt worden. Schon im Winter 1949/1950 hatte sich Walter Ulbricht entsprechend der sowjetischen Doktrin entschlossen, von den noch gesamtstädtisch angelegten Aufbauplänen abzurücken und stattdessen durch monumentale Architekturen aus dem Formenrepertoire nationaler Bautraditionen in der neuen Hauptstadt einen gebauten Appell zu schaffen: die „Stadtkrone“ Berlins als Identifikationsobjekt für alle Deutschen.

Bereits im Dezember 1949 war während der Reise Ulbrichts zu Stalins 70. Geburtstag festgelegt worden, dass die zerstörte Reichshauptstadt wieder als prachtvolle Metropole auferstehen sollte, als steinerne Stadt mit breiten Boulevards und festlichen Plätzen, mit herrschaftlichen Fassaden und Einzelbauten im Stile nationaler Bautraditionen – in schroffer Absage an den im Westen inzwischen programmatisch verbreiteten Gedanken der Stadtlandschaft.

Nach ersten Entwürfen zur Mitte Berlins war die zu Stalins Geburtstag umbenannte Magistrale als Experimentierfeld der neuen Baukultur ausersehen, was zwangsläufig zum Konflikt mit den bereits vorliegenden Plänen führte. Um in dieser Situation nun ihre Ideen für ein künftiges Berlin am Vorbild der Neugestaltung Moskaus zu schulen und zugleich westlichen Planungsidealen aus dem Erbe der Großstadtkritik und Gar-

Berlin sollte nicht als Stadtlandschaft, sondern mit Boulevards und festlichen Plätzen widerstehen.

tenstadtbewegung abzuschwören, war Anfang 1950 eine Delegation von Architekten und Baufunktionären zu einer Studienreise nach Moskau gefahren. Nachdrücklich forderten die sowjetischen Gesprächspartner ihre deutschen Kollegen zur Absage an das Konzept der Stadtlandschaft, zum Verzicht auf die Auflösung der überkommenen Stadtstrukturen auf. Unzweideutig heißt es zur künftigen Struktur Berlin: „Wir sind für monumentale Bauten, in denen sich der Bauwille und das Wollen der Bevölkerung ausdrücken.“ Damit ist auch der Kollektivplan abgelehnt: „In Berlin hat man bei der Planung der Wohnzellen das amerikanisch-englische Prinzip zugrunde gelegt. Hier wird der Mensch vom Ganzen isoliert und dem politischen Leben entfremdet.“²



Plan der Stalinallee (1952)

Entsprechend der Nationalitätenpolitik Stalins, in der die Unterwerfung der Völker unter die zentrale Herrschaft durch den Schein kultureller Autonomie ästhetisch kompensiert wird, werden auch die deutschen Architekten in Moskau auf eine „kritische Aneignung und Weiterentwicklung“ ihrer nationalen Bautraditionen verpflichtet, in Abkehr von allen Vorstellungen einer international gültigen Formensprache moderner Architektur. Unter dem sibyllinischen Motto „sozialistisch im Inhalt, national in der Form“ werden die Delegationsteilnehmer zum unversöhnlichen Kampf gegen „Formalismus“ und „Kosmopolitismus“ aufgefordert. Mit dieser Verpflichtung wurde der deutschlandpolitischen Option Stalins auf eine spätere Einheit des Landes in Abgrenzung zu den Westmächten Nachdruck verliehen.

Mit offenbar grenzenloser Bewunderung, doch blind für die Analogien der totalitären Stadt-Inszenierungen von Hitler und Stalin, lassen sich die deutschen Architekten in Moskau Grundsätze des Städtebaus

2 Auszüge aus den Dokumenten der Reise nach Moskau u.a. in: Jörn Düwel, Werner Durth, Niels Gutschow: Architektur und Städtebau der DDR. Die frühen Jahre. Berlin 2004.

diktieren, die nach ihrer Rückkehr als wörtlich übernommenes Regelwerk sogar Gesetzeskraft erlangen. Die „Sechzehn Grundsätze des Städtebaus“ sind als Bekenntnis zur kompakten Stadt formuliert und von der DDR als Gegen-Charta zu der im Westen verbreiteten „Charta von Athen“³ propagiert worden. Während im Westen die Auflösung des geschlossenen Stadtraums durch Zeilenbauten und die asymmetrischen Verschwenkungen im, wie es nun heißt, „fließenden Raum“ der Stadtlandschaft die Leitbilder des Wiederaufbaus prägen, werden im Osten – und nicht nur in Deutschland – wieder architektonisch geschlossene Magistralen mit steinernen Wänden und Platzanlagen entworfen. In einer klaren Hierarchie öffentlicher Räume führt als Pendant zur historischen Achse in jeder Stadt der DDR die neue Hauptstraße, flankiert von herrschaftlichen „Wohnpalästen“, an denen wie in einem Musterbuch klassische Kompositionsschemata durchgespielt werden.



Blick auf die Stalinallee und den Strausberger Platz (1953)

Das „Nationale Aufbauwerk“ der DDR

Im Rahmen des „Nationalen Aufbauwerks“ begann nun die umfassende Neuordnung der Stadtzentren in Berlin, Dresden, Leipzig, Magdeburg, Rostock und einigen weiteren Städten. Innerhalb weniger Jahre entstanden in populistischer Adaption historischer Bauformen größere Ensembles wie die Berliner Stalinallee oder der Dresdner Altmarkt, die bis heute stadtbildprägend geblieben sind. Die an die Gotik angelehnten Giebelhäuser in Rostocks Langer Straße und die Leipziger Ringbebauung am Rossmarkt in einem fiktiven Klassizismus sind nur einige weitere beispielhaft genannte Versuche, durch Rekurs auf regionale Traditionen das „nationale Erbe“ lokal zu differenzieren. Die Formen von Architek-

³ Die „Charta von Athen“ aus dem Jahr 1933 umfasste Überlegungen zur Neugestaltung der Städte in Reaktion auf das ungebremste Wachstum seit der Mitte des 19. Jahrhunderts mit Herausbildung oft menschenunwürdiger Wohnquartiere („Mietskasernen“). Auf ihr beruhen u. a. Vorstellungen von „aufgelockerter Stadt“ und „Stadtlandschaft“ (Anmerkung d. Redaktion).

tur und Stadt waren in der DDR von Anfang an politisch instrumentalisiert worden. Wiederholt sprach Ulbricht vom „Kasernenstil“ Hitlers, der nun in den imperialistischen „Eierkisten“ – gemeint waren schlichte Neubauten im Westen Deutschlands – seine Fortsetzung finde. Mit konträren Bildern werden die Entwicklungslinien der Architektur in beiden deutschen Staaten über fast ein Jahrzehnt reflexhaft aufeinander bezogen sein, in zwanghafter Abgrenzung von den im anderen Deutschland jeweils gültigen kulturpolitischen Prämissen.

Von Anfang an waren die Formen von Architektur und Stadt in der DDR politisch instrumentalisiert worden.

Gleichzeitig aber werden mit dieser Betonung der kulturellen Eigenständigkeit einer nationalen Architektur dringende Appelle an die Architekten im Westen gerichtet, deren Ar-

beiten aufmerksam wahrgenommen, kommentiert und ebenfalls vor dem Hintergrund einer „patriotischen Pflicht“ zur Wahrung des nationalen Erbes beurteilt werden. So fand der im Westen kaum beachtete historisierende Wiederaufbau Freudenstadts im Schwarzwald in der DDR höchstes Lob. Die Modernisierung der Städte im Westen galt hingegen als Verrat an der deutschen Kultur. Plakativ wurden vermeintliche Fehlentwicklungen angeprangert und grenzüberschreitender Kritik unterzogen. In scharfer Form polemisierte beispielsweise der Vizepräsident der Deutschen Bauakademie gegen die „Amerikanisierung des Stadtbildes von Frankfurt am Main“.

Neue Wege der Architektur in der Sowjetunion und in der DDR

Unterdessen gelangte in Moskau nach Stalins Tod Nikita Chruschtschow in die zentrale Führungsposition. Eine wichtige Station im Aufstieg Chruschtschows war die Allunionskonferenz der Bauschaffenden im Dezember 1954 in Moskau. Zumindest für die DDR-Führung völlig überraschend kritisierte er die Kulturpolitik der Stalin-Ära scharf, da hier „unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Konstruktivismus“ fahrlässig Unsummen staatlicher Mittel vergeudet worden seien. In seinem Leitreferat geißelte Chruschtschow das „Überflüssige“, die „formalistischen Verzerrungen und den Konservatismus in der Architektur“.⁴

4 Die Rede von Nikita Chruschtschow auf der Allunionskonferenz der Bauschaffenden im Dezember 1954 wurde umgehend ins Deutsche übersetzt und zirkulierte noch im

In schroffer Wendung gegen die Baukunst der Stalinzeit wurde auf der Allunionskonferenz unumwunden vom „Kulissenzauber“ gesprochen: „Die Fassaden werden mit Säulen und Ziergiebeln ausgestattet, die Durchfahrten werden in der Art römischer Triumphbogen gestaltet; es werden Raumvolumen geschaffen, die in keiner Beziehung zur praktischen Notwendigkeit stehen“. Ferner hieß es, „eine solche, auf Paradiere und äußere Effekte ausgerichtete Praxis haben wir auch im Städtebau. Der Kult der unikalen Architektur, ihre Erhebung über das ‚simple‘ Massenbauwesen, das Geringschätzen des Massenwohnbaus, haben zur Vernachlässigung der Typenprojektierung geführt.“⁵

Damit war die neue Richtung gewiesen. Unter der Losung „Besser, billiger und schneller bauen!“ wurde mit nur wenigen Wochen Verzögerung die radikale Wendung im Bauen der Sowjetunion zum Jahresanfang 1955 auch in der DDR vollzogen. Schlagartig wurden Standardisierung und Typenprojektierung vorangetrieben. Waren soeben noch die stalinischen Forderungen zur Belebung nationaler Traditionen propagiert worden, ging es nun ausschließlich um die forcierte Industrialisierung des Bauens. Die ideologische Legitimation sicherte eine im Frühjahr 1955 eilig vorbereitete Baukonferenz. Die Aufgabe war dem Architekten Gerhard Kosel übertragen worden, der als Emigrant erst mit diesem Auftrag aus Moskau in die DDR zurückgekehrt war. „Das industrielle Bauen“, verkündete er, keinen Widerspruch duldend, „erheischt die massenweise Produktion von Typenbauelementen, z. B. von Wandplatten, Deckenbalken, Treppenläufen, Dachbindern, Fenstern und Türen, Installationskernen in stationären Werken der Baustoffindustrie. Diese massenweise Produktion von Bauelementen kann nur dann stattfinden, wenn ein entsprechender Bedarf an einheitlichen Bauelementen gewährleistet ist. Die Baustellen der DDR müssen, um die Massenproduktion zu sichern, einheitliche Elemente systematisch verwenden ... Das industrielle Bauen bedeutet die Umwandlung der Baustellen in Montageplätze.“⁶

Dezember 1954 in der DDR-Führung. Öffentlich bekannt gemacht wurde die Rede allerdings erst im April 1955 in der Zeitschrift „Presse der Sowjetunion“, die in Berlin herausgegeben wurde.

5 Reden auf der Allunionskonferenz der Bauschaffenden, Moskau 1954, in den Archivalien der Deutschen Bauakademie, Sign. A 81, heute aufbewahrt im Berliner Bundesarchiv.

6 Gerhard Kosel: Über die Methode der Typenprojektierung. Manuskript. In: Nachlass Gerhard Kosel, Berlin.

Anstelle der völlig denunzierten „Baukunst“ beherrschten fortan vorrangig ökonomische Kennziffern das Bauen. Von der städtebaulichen Großform über die soziale Infrastruktur bis zum Mobiliar der einzelnen Wohnungen sind die gegenständlichen Elemente zur Gestaltung der sozialistischen Lebensweise in vereinheitlichten Rastermaßen festgelegt worden. Wie auch in anderen Ländern Europas galten die hellen Wohnungen mit hohem Komfort in den Großwohnanlagen am Rand der Städte als zukunftsweisende Alternative zum überkommenen Alt-

baubestand in den Zentren, der bis in die siebziger Jahre – auch im Westen Deutschlands – weitgehend dem Verfall überlassen blieb.

Durch Konzentration der wirtschaftlichen Kapazitäten auf die Pro-

duktion der Plattenbaukombinate und durch den drastischen Rückgang des zur Bestandserhaltung erforderlichen Bauhandwerks war eine Verschlechterung der Wohnverhältnisse in den innerstädtischen Altbauquartieren programmiert. Während ab 1975 in den westdeutschen Städten die behutsame Stadterneuerung begann, nahm in der DDR die Diskrepanz zwischen den Lebensverhältnissen in den systematisch vernachlässigten und den neu gebauten Quartieren zu. Während nun im Westen die regionalen Bautraditionen wiederauflebten, breitete sich in der DDR eine uniforme Modernität aus, die im ersten Jahrzehnt nach ihrer Gründung noch als „kosmopolitische“ Ächtung der regionalen Vielfalt deutscher Baukultur gegolten hatte.

Nach langwierigen Vorplanungen begannen im Februar 1952 die Bauarbeiten an der Stalinallee zur „Ersten sozialistischen Straße Deutschlands“, die bis 1957 zwischen Strausberger Platz und Frankfurter Tor im Wesentlichen fertiggestellt war. Die ursprünglich geplante Verlängerung des Straßenzuges zum Alexanderplatz kam zwar zustande, folgte jedoch völlig anderen städtebaulichen und architektonischen Vorstellungen. Nach 1959 wurde dieser zweite Bauabschnitt der Stalinallee – kurz darauf umbenannt in Karl-Marx-Allee – nach den Prinzipien der Industrialisierung und Standardisierung in Großtafelbauweise errichtet.